

Liebe Freund*innen,

ich bewerbe mich für die Berliner Landesliste zum Abgeordnetenhaus, weil ich meine politische Arbeit aus dem Bezirk auf Landesebene weiterführen möchte – mit einem klaren Schwerpunkt auf **Kultur, Weiterbildung – insbesondere Sprachförderung – sowie Europa** und mit dem Anspruch, Politik nah an den Menschen, an ihren Alltagserfahrungen und an den Orten zu machen, die diese Stadt zusammenhalten.

Mit 19 bin ich aus Georgien nach Berlin gekommen – aus einem Land, in dem Demokratie und Freiheit nie selbstverständlich waren.

Ich habe erlebt, wie fragil sie sein können – und wie viel es bedeutet, wenn sie geschützt und gelebt werden.

Berlin hat mir genau das ermöglicht: Bildung, Selbstbestimmung und eine politische Stimme. Diese Stadt hat mir Räume geöffnet und mich emanzipiert. Gleichzeitig kenne ich auch Unsichtbarkeit, bürokratische Hürden, prekäre Arbeit und das Gefühl, zwar da zu sein, aber nicht wirklich vorzukommen.

Diese Erfahrungen prägen meine Politik bis heute – als klarer Auftrag, **echte Chancengleichheit nicht dem Zufall zu überlassen**.

Beruflich arbeite ich seit vielen Jahren in Integrations- und Alphabetisierungskursen. Dort sehe ich täglich, wie zentral Sprache für **Teilhabe, Arbeit und Selbstbestimmung ist** – und wie schnell Menschen ausgeschlossen werden, wenn Angebote wegfallen.

Gerade jetzt erleben wir das konkret: Durch Einschränkungen in der Sprachförderung verlieren in Berlin tausende Menschen den Zugang zu Kursen. Das trifft nicht nur die Teilnehmenden, sondern auch die Trägerstrukturen – und letztlich unsere gesamte Gesellschaft.

Wer bei Sprache und Bildung kürzt, kürzt an Teilhabe – und an Demokratie.

Volkshochschulen, Bibliotheken, Grundbildung und Sprachförderung sind **zentrale Orte für Bildung, Begegnung und gesellschaftliche Beteiligung** – unabhängig von Herkunft, Alter oder Geldbeutel.

Wir müssen dafür sorgen, dass diese Angebote nicht weiter unter Kürzungsdruck geraten, sondern verlässlich finanziert, modernisiert und sozial zugänglich gemacht werden.

Dazu gehören auch Kinderbetreuung parallel zu Bildungsangeboten, bessere Zugänge für Frauen und Alleinerziehende sowie mehr Unterstützung für Menschen mit geringer Literalität.

Diese Perspektive bringe ich auch aus meiner Arbeit in der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte mit.



Dort habe ich konkret erlebt, was Einsparungen bedeuten: gefährdete Projekte, geschlossene Räume und der ständige Kampf darum, Kultur nicht als freiwillige Zugabe, sondern als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge zu verteidigen.

Diese Erfahrung hat mir gezeigt: Viele der Herausforderungen im Bezirk entstehen auf Landesebene – durch politische Prioritäten.

Ich setze mich deshalb für ein berlinweites **Kreativwirtschafts-Forum** ein, das Kulturschaffende, Verwaltung, Politik und Wirtschaft zusammenbringt, sowie für ein weiterentwickeltes, barrierefreies **Kulturkataster**.

Kulturpolitik ist für mich untrennbar mit öffentlichem Raum verbunden.

Denn öffentlicher Raum ist nie neutral: Er entscheidet darüber, wer sichtbar ist – und wessen Geschichte erzählt wird.

Die Umbenennung der M-Straße in Anton-Wilhelm-Amo-Straße oder der Erhalt der Friedensstatue als Mahnmal gegen sexualisierte Gewalt zeigen, wie notwendig – aber auch wie umkämpft diese Prozesse sind.

Sie machen deutlich, wie schwer wir uns noch immer mit Dekolonialisierung und feministischer Erinnerung tun – und wie viel Arbeit vor uns liegt.

Als jemand aus einem postsowjetischen Kontext weiß ich, wie prägend russisch-sowjetische Narrative bis heute sind. Gleichzeitig fehlen die Perspektiven ehemals besetzter Länder in unserer Erinnerungskultur oft noch.

Ich setze mich deshalb für eine kritischere Auseinandersetzung mit sowjetischer Erinnerung im öffentlichen Raum ein – im Austausch mit Communities und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen.

Nicht gegen Erinnerung, sondern für eine vollständigere und demokratischere Erinnerungskultur.

Berlin ist eine europäische Stadt – konkret geprägt durch Migration, zivilgesellschaftliche Vernetzung, Kultur und Bildung.

Gerade in Zeiten autoritärer Angriffe und antifeministischer Entwicklungen braucht es **grenzüberschreitende Solidarität und eine starke demokratische Zusammenarbeit.**

Die Verbindung aus beruflicher Praxis, bezirklicher Erfahrung und europäischer Perspektive bringe ich mit.

Dabei hat mich die Arbeit der letzten Jahre gelehrt, Verantwortung auch unter schwierigen Bedingungen zu übernehmen und Politik im Dialog mit den Menschen zu gestalten.

Ich kandidiere, um diese Perspektiven in unsere gemeinsame Politik einzubringen und die Liste inhaltlich zu stärken – mit einer klaren Haltung:

feministisch, solidarisch und nah an den realen Herausforderungen dieser Stadt.

Dafür bitte ich euch um eure Unterstützung.

Lela (ლელა)



Über mich

geboren 1986 in Mtskheta, Georgien, auf einem Bauernhof aufgewachsen

seit 2006 in Berlin, lebt in 7 Bezirken, aktuell in Charlottenburg

Ausbildung

M.A. Soziokulturelle Studien, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder

B.A. Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin

B.A. Westeuropäische Sprachen und Literatur (Grundstudium), Staatliche Universität Tiflis

Beruflich

seit 2016 freiberufliche DaZ/DaF-Lehrkraft, Einsätze u. a. in Moabit, Wedding und am Hermannplatz

2006–2016 diverse Jobs zur Finanzierung von Studium und Leben:
Humana Second Hand, Kinderbetreuung, Papierfabrik, Bundestag

Politisch / ehrenamtlich

Seit 2016 Mitglied der Grünen, KV Mitte

2020 Co-Verantwortliche für das Cluster „Innovative Wirtschaft“ des Bezirkswahlprogramms

2021 Koordinatorin Haustürwahlkampf Mitte

seit 2021 in der BVV Mitte:

- Sprecherin für Weiterbildung, Kultur und Europa

- Mitglied in Ausschüssen und Gremien:
Ältestenrat, Wirtschaft, Gleichstellung und Europa, Weiterbildung und Kultur, Partizipation & Integration und Frauenbeirat Stadtplanung

Seit 2023 EU-Gemeinderätin

Seit 2024 Gewerkschaftsmitglied GEW

aktiv in der LAG, der AG Europa, der AG Soziales und der Grünen Sprachwerkstatt

Kontakt

E-Mail: sisauri.lsl@gmail.com

Instagram: https://www.instagram.com/lsla_sisauri